

Jens Bullerjahn

Mein Kompass für ein attraktives Sachsen-Anhalt

Ein sozialdemokratisches Impulspapier





Wo steht die Sozialdemokratie?

Bei der Bundestagswahl 2009 hat die SPD eine herbe Niederlage hinnehmen müssen, gerade auch in Sachsen-Anhalt. Mit dem Bundesparteitag in Dresden im Oktober 2009 haben wir einen umfassenden Diskussionsprozess eingeleitet, der erst abgeschlossen sein kann, wenn wir über intensive, grundsätzliche und offene Diskussionen Antworten finden und Wege aufzeigen, mit denen wir wieder das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Bei vielen unserer Stammwähler haben wir in den letzten Jahren Vertrauen verspielt. **Ohne Aufarbeitung des eigenen Scheiterns werden wir die Mehrheit jenseits von schwarz-gelb nicht wieder erlangen.** Insbesondere die Enttäuschten, ob Nichtwähler oder die Abgewanderten, wir müssen sie wieder für uns zurückgewinnen. Und in der Demokratie muss es immer eine Alternative geben.

Wenn wir 2013 die Gründung der Sozialdemokratie vor 150 Jahren feiern, blicken wir auf eine sehr wechselhafte europäische und deutsche Geschichte zurück. Unweigerlich ist damit auch die sozialdemokratische Geschichte verbunden. Es gab Höhen und Tiefen, aber immer das **sozialdemokratische Versprechen** von „Aufstieg durch Bildung“, welches ursprünglich in der eigenen Organisation gelebt und gefördert wurde. Die Wurzel der Sozialdemokratie sind die Arbeiterbildungsvereine, die sich selbst ihr Versprechen organisiert haben. Wir müssen daran arbeiten, dass die Menschen an dieses alte Versprechen wieder glauben, den Mut und die Hoffnung haben, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen. Eine gerechte Gesellschaft muss alle Schranken dazu aus dem Weg räumen und ehrliche Chancen bieten. Je stärker dieses Aufstiegsvertrauen ausgeprägt ist, umso größer ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Im Moment passiert aber das Gegenteil.

Denn auch wir haben dieses Versprechen in unserer Regierungsverantwortung in Berlin nicht eingelöst. Im Gegenteil: Die Schere zwischen Arm und Reich ist nach Kohl objektiv noch größer geworden. Gesellschaftlicher Aufstieg war für zu viele nicht möglich. Diese Fehler müssen korrigiert werden. So schwer diese Diskussionen für Lösungen auch sind. Auch für mich.



Für Sachsen-Anhalt haben die Delegierten des SPD-Sonderparteitages vom 19. Dezember 2009 mit der Neuwahl des Landesvorstandes und der Landesvorsitzenden Katrin Budde diesen Prozess für unseren Landesverband, zumindest personell, auf den Weg gebracht.

Die Diskussionen auf dem Parteitag über eigene Fehler in der gemeinsamen Vergangenheit und über das Selbstverständnis der SPD als Regierungspartei haben darüber hinaus die unverzichtbare Notwendigkeit einer programmatischen Positionierung für die Zukunft erbracht. Das geht nicht ohne eine stärkere Einbindung unserer Mitglieder als Kernpunkt der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung.

Wir brauchen ein Markenzeichen. Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen mit einem klaren Anspruch für sozialen Ausgleich. Dabei sehen wir den ökologischen Umbau auch als Antrieb der wirtschaftlichen Entwicklung. **Eine der größten Herausforderungen für die Zukunft ist die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.** Dafür muss der Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einen deutlich höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen. Nur die SPD verbindet diese Elemente miteinander. **Wir haben die Chance, Vertrauen zurück zu gewinnen. Wir müssen uns auf den Weg machen. Dazu gibt es keine Alternative!**

Wir müssen diese Debatte führen!

Wir werden aber nur erfolgreich sein, wenn wir zwei sich scheinbar widersprechende Grundsätze konsequent einhalten:

Nach innen brauchen wir eine offene, faire und solidarische Diskussion, die sich den Realitäten der Zeit stellt, aber auch tragfähige Antworten auf die drängenden Fragen gibt. Eine Diskussion mit verschiedenen Ansichten müssen wir aushalten, auch wenn die veröffentlichte Meinung Gegenwind produziert. Am Ende der Diskussion muss eine Idee stehen, wenn es geht eine Vision, die auch überzeugt. Und es muss entschieden werden; denn diskutieren ohne Ergebnis bringt nichts.



Demokratie ist manchmal mühselig. Aber eine Partei, die gestalten will, sollte sich den Luxus der Vielstimmigkeit oder gewollten Konturenlosigkeit nicht leisten. Wer nur protestiert oder ins Ungefähre ausweicht, kann nicht gestalten und regieren.

Aber anschließend müssen wir nach außen selbstbewusst und geschlossen auftreten.

Bei vielen Entwicklungen, die für die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts entscheidend sind, waren wir **in den letzten Jahren gemeinsam mit der Landtagsfraktion Motor in dieser Landesregierung**. Bei der Landtagswahl 2011 treten wir mit einer guten **Regierungsbilanz** an und haben auch konkrete Ideen, wie wir das Land weiterentwickeln wollen.

Die SPD ist und bleibt aber **solider und verlässlicher Partner** in der jetzigen Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode.

SPD ist linke Volkspartei

Die SPD muss in Deutschland und Sachsen-Anhalt die Führung für eine moderne, soziale und selbstbewusste Politik im linken Spektrum übernehmen. Ich will die Gesellschaft nicht spalten, sondern alle mitnehmen. Ich will nicht für Einzelinteressen Politik machen, sondern den Ausgleich im Interesse aller suchen. Die Zeiten von harten ideologischen Kämpfen in Deutschland sind schon lange vorbei. Anders als die CDU wollen wir keinen Angstwahlkampf führen. Wir wollen stattdessen im Wahlkampf mit unseren Ideen und Konzepten werben.

Mein Ziel ist es, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt zu werden und die dafür notwendige Wählerzustimmung zu bekommen. Grundsätzlich schließen wir vor der Wahl keine Koalitionsmöglichkeit mit den anderen demokratischen Parteien aus. Koalitionsüberlegungen nach der Wahl werden sich daran orientieren, welche Vorstellungen die SPD mit potentiellen Partnern umsetzen kann.



Wir wollen die Deutungshoheit für eine soziale und moderne Politik

Es gibt ein klares Gespür für Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft, gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Menschen wollen keine reine Klientelpolitik und keine weitere Umverteilung von unten nach oben. Die Gesellschaft ist moderner und verantwortlicher geworden und lehnt schwarz-gelbe Projekte wie das Betreuungsgeld und die Rückkehr zur Atomenergie mehrheitlich ab. Daher haben wir die Chance, dass unsere Politik wieder mehrheitsfähig wird.

Nur mit einem klaren Profil kann die Sozialdemokratie wieder Vertrauen und Mehrheiten gewinnen. Dazu müssen wir den Menschen zuhören und auf Grundlage unserer Überzeugungen, wo nötig, auch neue Antworten auf ihre Fragen finden.

Der wohl wichtigste Punkt dabei ist die Debatte um die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates. Ein unterfinanzierter **Sozialstaat**, wie z.B. in den USA, kann die Menschen nicht vor Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit schützen. Ein vorsorgender und ausgleichender Sozialstaat verteilt den Reichtum der Gesellschaft gerechter. Den schleichenden Abschied aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern halte ich beispielweise deshalb für falsch.

Es muss gelingen, dass die Starken mehr **solidarische Verantwortung für die Schwächeren** übernehmen. Was übrigens viele mit diesen „kräftigen Schultern“ auch so sehen. Viele von ihnen wollen den Zusammenhalt der Gesellschaft, sind Partner der Sozialdemokratie auf vielen politischen Feldern. Vorbild ist für mich der skandinavische Sozialstaat, mit Bildungserfolgen und hohen sozialen Standards. Das hat dort aber seinen Preis: So zum Beispiel eine höhere Besteuerung großer vererbter Vermögen, eine Vermögenssteuer, ein höherer Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer und höhere Mehrwertsteuersätze in unterschiedlicher Kombination!

Die Zahl der Menschen, die allein von ihrem Arbeitseinkommen in Deutschland leben können, ist in den letzten Jahrzehnten geringer geworden, wohingegen die Zahl der Menschen, die nur von den Zinsen ihrer Anlagen leben, deutlich gestiegen ist.



Mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung des Sozialstaates erreichen wir daher nur durch eine **höhere Steuerfinanzierung der Sozialversicherung** bei gleichzeitiger Senkung der Sozialabgaben. Dies hilft übrigens ganz besonders auch der Wirtschaft, verbilligt es doch den Faktor Arbeit im internationalen Wettbewerb. Dabei gilt das Prinzip, dass kräftige Schultern künftig stärker an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligt werden müssen. Dieses Grundprinzip hatten wir bereits schon in der Vergangenheit und es war gesellschaftlicher Konsens.

So will ich in der **Gesundheitspolitik** nicht das Grundprinzip nach dem Motto: „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.“ Deshalb lehne ich die Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung ab. Sie ist unsozial, weil der Millionär und die Kassiererin denselben Beitrag zahlen.

Mit der Einführung einer Bürgerversicherung kann es gelingen, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem zu finanzieren, in dem jeder die gleiche optimale gesundheitliche Versorgung unabhängig von seinem Alter oder seinem Einkommen erhält. Ohne einen Steuerzuschuss wird das aber nicht funktionieren.

Eine besondere Herausforderung ist die Finanzierung der künftigen **Altersversorgung**. Wegen der Bevölkerungsentwicklung werden immer weniger Beitragszahler für mehr Rentner bezahlen, die Gott sei Dank alle gesünder und älter werden. Trotz aller Schwierigkeiten ist das solidarische Rentensystem mit einem Mix aus Umlage- und Steuerfinanzierung das sicherste Finanzierungssystem der Zukunft. Kapitalgedeckte Zusatzvorsorge ist nicht falsch und wird eine größere Bedeutung als Ergänzung der eigenen Altersvorsorge spielen. Allerdings ist auch der Kapitalmarkt nicht frei von Risiken und Problemen, wie uns die letzten zwei Jahre deutlich vor Augen geführt haben. Eine sichere Altersvorsorge steht auf mehreren Beinen. Mit diesen beiden genannten Säulen, ergänzt durch die betriebliche Altersvorsorge, kann in Zukunft eine auskömmliche Altersrente gesichert werden.



Die starren Regelungen zum Renteneintrittsalter, wie bei der Rente mit 67, berücksichtigen in keiner Weise die unterschiedlichen Lebens- und Berufswege der Menschen. Wir müssen andere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der gesetzlichen Rente diskutieren, ergänzende Regelungen für einen vorzeitigen Rentenbezug entwickeln und dabei individuelle Lebensleistungen stärker berücksichtigen.

Allerdings sind bereits heute die Voraussetzungen hierfür ungleich verteilt. Zeiten in Arbeitslosigkeit oder in Niedriglohnverhältnissen führen zu sehr geringen Rentenansprüchen. Reicht das eigene Einkommen kaum zum Leben, bleibt natürlich auch die private Vorsorge auf der Strecke. Hier muss eine solidarische Gesellschaft einspringen und ein **Mindestniveau gegen Armut im Alter** absichern. Für die ostdeutschen Bundesländer kommt noch erschwerend hinzu, dass der in den westdeutschen Bundesländern über zwei Generationen erfolgte Aufbau von kleinen vererbaren Grundvermögen als Schutz gegen Altersarmut weitestgehend wegfällt. **Nur steigende Einkommen und stetige Beschäftigungsverhältnisse sorgen dafür, dass sich im Osten Armutsstrukturen nicht weiter ausweiten und verfestigen.** Daher kann auch nur über gut bezahlte Arbeit eine gute Rente gesichert werden. Viele Menschen haben seit 1989 keine durchgängige Beschäftigung und konnten daher auch keine Rentenvorsorge treffen. Bis heute gibt es für diese Generation keine Lösung.

Globale Verantwortung braucht klare Antworten

Neben der sozialen Sicherheit beschäftigt die Menschen im Land die Sorge um die globale Sicherheit. **Eine wichtige Frage, die sie derzeit daher berührt, sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr, vor allem in Afghanistan.** Hier ist eine wichtige Debatte zu führen; für die Soldaten wie für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch in der Politik. Wie viele andere auch glaube ich, dass dieser Konflikt nicht militärisch zu gewinnen ist. Deswegen brauchen wir einen Zeitpunkt für Beginn und Ende eines Abzugs der militärischen Kräfte. Damit endet nicht die internationale Verantwortung für dieses Land. In diesem Zeithorizont muss es gelingen mit einer neuen Strategie die afghanische Zivilgesellschaft zu festigen, damit sie ihre Grundrechte und Freiheit auch selbst verteidigen kann. Sie dabei zu unterstützen, ist eine lohnende Aufgabe, die sich auch Deutschland mehr zu Eigen machen sollte.



Unmittelbar daran schließt sich eine Debatte über die Zukunft der Wehrpflicht an. Kann eine Freiwilligenarmee mit auf wenige Monate verkürzte Wehrpflicht diesen Aufgaben bei gewachsener internationaler Verantwortung überhaupt gerecht werden? Die Fragen zur Wehrgerechtigkeit bei der nur noch teilweisen Einberufung junger Männer und die Frage nach der Zukunft des Zivildienstes schließen sich nahtlos an. Wenn wir das internationale Engagement im Rahmen eines UN-Mandats auch militärisch befürworten, dann muss es einen Übergang von der Wehrpflicht in Deutschland zu einer europäischen Berufsarmee in absehbarer Zeit geben. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik ist nur mit einer einheitlichen europäischen Sicherheitspolitik sinnvoll.

Wer es sich hier mit der Antwort leicht macht, dem sei gesagt, dass weltweites Unrecht heutzutage nicht nur Ursachen in einem Konflikt zwischen zwei Staaten hat, sondern zumeist innerhalb eines Staates. Zerfallende Staaten, die unregierbar werden, nehmen auf der Welt zu. Rassische, religiöse und ethnische Auseinandersetzungen bedrohen das Leben Hunderttausender, wie zum Beispiel in Darfur. Ein Ignorieren dieses Unrechts, der Massenmorde und Genozide ist doch nicht hinzunehmen. Wer für **Menschenrechte** eintritt, muss auch globale Verantwortung übernehmen. Auch wenn es in der SPD in der Frage der Wehrpflicht noch andere Meinungen gibt: Wir müssen diese Debatte führen.

Auch dieser Diskussion, selbst wenn sie die Landespolitik nicht unmittelbar betrifft, müssen wir uns stellen, weil auch junge Männer und Frauen, sowie deren Familien in Sachsen-Anhalt ganz persönlich davon betroffen sind.

Grundlagen unserer Politik für Sachsen-Anhalt

Für die künftige Politik in Sachsen-Anhalt gibt es nach wie vor gültige Grundlagen. Das sind die Erkenntnisse, die wir aus der **Sachsen-Anhalt-2020-Debatte** bis 2006 gezogen und publiziert haben sowie den Folgerungen, die im Zukunftsprogramm 2006 zur Landtagswahl entwickelt wurden. Viele Forderungen konnten wir in der Koalition seit 2006 umsetzen. Einiges war mit der CDU jedoch nicht zu machen.



Dazu zählt für uns die so wichtige Frage, mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu schaffen. Hier verharrt die CDU in Sachsen-Anhalt in den alten, wissenschaftlich widerlegten Vorstellungen des gegliederten Schulsystems, während die CDU in anderen Bundesländern bereits die richtigen Schlüsse gezogen hat. **Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen wir jeden Kopf mit bester Qualifikation.**

2010 werden wir den Wählerinnen und Wählern unseren Kompass – unsere Zukunftsvorstellungen – für Sachsen-Anhalt vorstellen. **Das sind Ziele, die wir nicht leichtfertig versprechen, für die wir aber langfristig arbeiten wollen. Es sind Perspektiven, für die es sich lohnt zu kämpfen, um die Menschen zu überzeugen.** Sie sind nicht einseitig durch eine Regierung umzusetzen, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. **Das ist unser Kompass für ein besseres Sachsen-Anhalt, von dem wir uns leiten lassen.**

Es wird kein Wahlkampf sein, in dem wir jedem alles versprechen. Wer Ziele erreichen will, braucht klare Schwerpunkte. Aus den Schwerpunkten muss sich ein unverwechselbares sozialdemokratisches Profil ergeben. Damit machen wir uns auf dem Weg. Unsere Schwerpunkte bilden das Regierungsprogramm 2011 bis 2016.

Sachsen-Anhalt 2011 – 2016

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hat Sachsen-Anhalt zu oft noch mit einem schlechten Image zu kämpfen. Eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung sind die Schlagworte, auf die unser Land häufig reduziert wird. Diese Reduzierung ist falsch, denn sie leugnet völlig die immense Aufbauleistung, die die Menschen in Sachsen-Anhalt in den vergangenen zwei Jahrzehnten erbracht haben.

Darüber hinaus prägt Sachsen-Anhalt eine einzigartige Kulturlandschaft mit einer reichen Geschichte. Zwischen Arendsee und Zeitz wurde vor 1000 Jahren bereits „große Politik“ gemacht. Zahlreiche Dome, Schlösser und Burgen prägen unser Land und zeugen heute noch davon, dass hier seit vielen Jahrhunderten erfolgreicher Handel, wissenschaftlicher Fortschritt und handwerkliches Geschick zu Hause sind.



Eike von Repgow schrieb als Verfasser des „Sachsenspiegels“ europäische Rechtsgeschichte. Die Pfalz des ostfränkischen Königs Heinrich I. in Memleben an der Unstrut und die Gründung des Erzbistums Magdeburg durch Kaiser Otto I. sind Zeugnisse dafür, dass die wechselvolle Nationenbildung Deutschlands entscheidende Impulse in Mitteldeutschland erfuhr. Martin Luther und Philipp Melanchthon haben von Wittenberg aus die christliche Welt reformiert. August Hermann Francke und Christian Wolff fanden in der Universitäts- und Bildungsstadt Halle (Saale) Bedingungen vor, welche die Grundlage für ihre immense internationale Wirkung bildeten. Die anhaltische Prinzessin Sophie führte als Katharina die Große das Russische Reich zu neuer Blüte. Carl Adolf Riebeck, Hugo Junckers und Otto von Guericke stehen für bahnbrechenden Erfindergeist. In Köthen arbeitete Johann Sebastian Bach lange Zeit als Kapellmeister. Georg-Friedrich Händel und Georg-Phillip Telemann sind noch heute in aller Welt bekannt und wirken als Botschafter für Sachsen-Anhalt. Die Expressionisten Wassily Kandinsky und Paul Klee fanden in unserem Land ihre Wirkungsstätten, im Bauhaus zu Dessau entstand durch ihre Arbeit eine neue Formsprache. Die Liste von Persönlichkeiten, die aus dem Herzen Europas wichtige und unverzichtbare Impulse gegeben haben, ist noch viel länger. Sie sind ein Grund, stolz auf dieses Land und seine Wurzeln zu sein.

Wir wollen diese Geschichte fort schreiben. Dabei können wir auch an die großen Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Diese Erfolge sind im Land zu sehen, wo aus dem einstigen großindustriellen Herz der DDR wieder neue Stätten für Produktion und Innovationen entstanden sind.

Ein Land mit Perspektiven

In der Chemieindustrie, der Ernährungswirtschaft, dem Maschinenbau, der Landwirtschaft, dem Tourismus, aber auch im Bereich des Handwerks ist es gelungen, wieder an unsere einstige wirtschaftliche Bedeutung anzuknüpfen.

Ein besonderes Beispiel sind die Zukunftstechnologien: In Sachsen-Anhalt wird nicht nur mehr erneuerbare Energie als in anderen Bundesländern erzeugt, sondern auch die Anlagen und Innovationen, die für die Energieversorgung der Zukunft so wichtig sind, werden bei uns gebaut.



Sachsen-Anhalt entwickelt sich damit zu einem **Land der erneuerbaren Energien**. Darin sehe ich eine Chance. Denn durch die enge Zusammenarbeit mit unseren Forschungsstandorten im Land können wir die erneuerbaren Energien zu einem bedeutenden Motor der Wirtschaft weiter entwickeln.

Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft sind bedeutende Wirtschaftszweige in Sachsen-Anhalt. Die Aufgaben der Landwirtschaft umfassen insbesondere die Sicherung der Nahrungsgrundlage für die Bevölkerung, die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen sowie die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Wir haben eine große Verantwortung, mit unseren knappen Ressourcen schonend umzugehen. Die Vorzüglichkeit der landwirtschaftlichen Standorte bietet Chancen weit über die landwirtschaftliche Produktion hinaus. Gerade der Aufbau von Wertschöpfungsketten soll zukünftig maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und damit zur Entwicklung ländlicher Räume beitragen.

Nach 1989 wurde alles anders

Nach der Wende mussten die Menschen tiefe Einschnitte erfahren. Reihenweise wurden Hochöfen, Werkshallen, Bergwerke und Labore geschlossen. Bedingt durch die prägende Altindustrie war Sachsen-Anhalt besonders betroffen. Von heute auf morgen wurden viele Arbeiter und Angestellte nicht mehr gebraucht. **Die früher so klaren und sicheren Lebensperspektiven waren innerhalb kurzer Zeit auf den Kopf gestellt, und die Neuorientierung und das Zurechtfinden in dieser neuen und völlig anderen Realität fiel den Menschen nicht leicht.** Der Neuaufbau dauert länger als gedacht und hat auch viele resigniert zurückgelassen. Etliche fühlen sich heute als Verlierer der Einheit.

Auf der anderen Seite haben viele Menschen die Wiedervereinigung als Chance verstanden und etwas Neues aufgebaut. Der Mut, der Wille, Neues zu beginnen, und ein unbändiger Tatendrang stehen ebenso für die Zeit der Nachwende wie die Schicksale derer, die sich nicht so sicher in ihrer neuen Lebenssituation zu bewegen vermochten.



Gewinner und Verlierer der Einheit, junge und alte Menschen, „Alteingesessene“ und Zugezogene, Unternehmer und Arbeitslose, sowie Kulturschaffende und Arbeitnehmer, sie alle haben Anspruch auf unsere Aufmerksamkeit. Jeder verdient es, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden und vor allem Achtung vor seinem Lebenswerk oder dem, was er als Ziel für sich formuliert hat, zu erfahren. **Die SPD in Sachsen-Anhalt will die Gesellschaft zusammenführen und alle Menschen im Land mitnehmen.** Das schwarz-gelbe Gerede einer sogenannten „bürgerlichen Mitte“ erreicht genau das Gegenteil.

Ja, wir können an die großen Erfolge der Geschichte unseres Landes anknüpfen. Mit einer ausgezeichneten Hochschullandschaft, den Universitätskliniken und zahlreichen Forschungseinrichtungen wird in Sachsen-Anhalt wieder an der Zukunft gearbeitet. Spitzenforscher aus aller Welt lehren und forschen in unseren Einrichtungen. Wir entdecken in unserem Land Schätze vergangener Tage und zeigen der Welt die Himmelscheibe von Nebra. Im **Kulturland Sachsen-Anhalt** gibt es mehr Theaterbühnen als in anderen vergleichbaren Bundesländern. Mit Blick auf 500 Jahre Reformation, die das Land im Jahr 2017 feiern wird, ziehen wir bereits heute in der Luther-Dekade Protestanten aus aller Welt an.

Die Wahrung und Fortschreibung unseres kulturellen Reichtums ist für uns eine riesige Chance, eine große Aufgabe und bleibende Verpflichtung.

Soziale Einheit vollenden

Für viele Menschen ist der Blick dennoch getrübt. Trotz großartiger Fortschritte beim Straßenbau, der Verschönerung von Städten und Dörfern sowie im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes hat sich die Erwartung vieler Bürger auf annähernd **gleiche Lebensbedingungen** bis heute nicht erfüllt.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung gleiche Lohnbedingungen zwischen Ost und West geschaffen werden und sich daraus ein einheitliches Rentenniveau entwickelt.



Dabei meine ich nicht die regionalen Lohnunterschiede in Westdeutschland, die es dort auch zwischen dem strukturschwachen Emsland und dem Großraum München gibt.

Wir beobachten eine ungebremste Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen und Teilzeit- und Leiharbeitsplätzen. Bundesgesetzliche Regelungen werden dafür missbraucht. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben.

Mein Anspruch ist, dass alle Menschen an dem wachsenden Wohlstand teilhaben können. Der Erfolg kann nur gemeinsam erreicht werden, also müssen auch alle daran beteiligt werden. Die Menschen in den Betrieben, ob Unternehmer oder Beschäftigte, strengen sich an und arbeiten am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens. Die Produktivität in den Betrieben konnte in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert werden und ist Grundlage für die Zahlung **guter Löhne**.

Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels muss es auch Ziel der Unternehmen sein, mit einem konkurrenzfähigen Lohn die qualifizierten Köpfe im Land zu halten. Mit wachsender Kaufkraft kann auch im Land mehr konsumiert und investiert werden.

Wie soll die Zukunft unseres Landes aussehen? Was wollen wir dafür tun? Welche Weichen wollen wir heute dafür stellen? Klar ist, eine gute Zukunft unseres Landes können wir nur gemeinsam erreichen.



Ein Land in Bewegung, ohne dass jemand auf der Strecke bleibt

Um es auf den Punkt zu bringen: Ich will ein Land, das seine Attraktivität ständig weiter steigert. Ich will ein Land der Chancen! Aus Sachsen-Anhalt sollen die jungen Menschen nicht wegziehen, weil sie hier keine Perspektive finden.

Wir brauchen jeden Kopf und jede helfende Hand. Wir können auf niemanden verzichten. Deshalb müssen wir uns um jeden kümmern und jedem eine Chance bieten. Ich will niemanden zurück lassen.

Mein Ziel ist ein zukunftsfähiges Land. Dafür will ich Signale setzen. Signale, die über die Grenzen unseres Landes hinaus wahrgenommen werden. Signale, mit denen wir unser Land attraktiver machen. Attraktiver für die Menschen, die in Sachsen-Anhalt leben, attraktiver aber auch für die Menschen, die wir für unser Land neu gewinnen oder zurück gewinnen wollen.

Attraktivität auch durch Weltoffenheit, verbunden auch mit einem konsequenten Kampf gegen Rechtsextremismus. Das alles muss unsere Antwort sein auf die sich abzeichnende Bevölkerungsentwicklung.

Ich will aber auch ein Land der Möglichkeiten. Sachsen-Anhalt soll Gründerland werden, ob Unternehmensgründung oder Familiengründung. Beides soll geschätzt und gefördert werden.

Die meisten Menschen in Sachsen-Anhalt sind offen und tolerant. Ich will ein buntes ehrenamtliches Engagement für ihre Lebensorte. Ein Klima des Miteinander und der Solidarität. Zuwanderer aus anderen Ländern der Welt fühlen sich in Sachsen-Anhalt wohl und finden hier ihr neues Zuhause. Wir haben erkannt, wie wichtig und wertvoll Migration und Integration sind.



Gutes Geld für gute Arbeit

Ich will in einem Land leben, wo alle Menschen einen Arbeitsplatz finden und von ihrem Verdienst leben können. Ich weiß aber nur zu genau, dass viele Menschen zwar einen Arbeitsplatz gefunden haben, von **dieser Arbeit allein aber nicht leben** können und zusätzlich staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Dazu sage ich ganz deutlich: Es kann nicht sein, dass sich Branchen dauerhaft auf **Niedriglöhne** einrichten und davon ausgehen, dass der Staat aufstockt. Die Einkommenssituation der Menschen muss sich verbessern. In Sachsen-Anhalt stellen wir fest, dass die Beschäftigten für weniger Geld länger als im Westen arbeiten müssen. Mit einer **Billiglohnstrategie** wird es in den nächsten Jahren keine stabile wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land geben.

Der bisherige Versuch, niedrige Löhne in Ostdeutschland als Konkurrenzvorteil zu nutzen, verkehrt sich jetzt allmählich ins Gegenteil: Niedriglöhne werden allmählich zum Standortnachteil. Denn am Ende entscheiden sich die Menschen auf der Grundlage ihrer Einkommenssituation und ihrer Entwicklungsperspektive wo sie leben und arbeiten wollen.

Deshalb haben und müssen wir uns besonders mit der Frage von **Mindestlöhnen** befassen, zumal dieser Weg schon in der Großen Koalition in Berlin erfolgreich beschritten wurde. Da, wo es möglich ist, sollten wir die Einführung und Findung von Mindestlöhnen den **Tarifpartnern** überlassen. Dort, wo diese Voraussetzungen fehlen, bin ich für die Einführung von **gesetzlichen Mindestlöhnen**. Auch im Interesse der vielen ehrlichen Handwerker und Unternehmer.

Wir können in Sachsen-Anhalt selber handeln. Die **öffentliche Hand** sollte wieder anfangen, Aufträge nur an die Firmen zu vergeben, die **tarifgerechte Löhne** zahlen. **Die Abschaffung des von uns eingeführten Vergabegesetzes durch die schwarz-gelbe Landesregierung war ein Fehler.** Es geht nicht um den billigsten Anbieter. Die SPD will das Vergabegesetz mit Tariftreueerklärung wieder einführen.



Innovative Unternehmer sollen sich in Sachsen-Anhalt ansiedeln oder ihre Unternehmen erweitern können, weil sie hier eine gut ausgebaute **Forschungslandschaft** mit engagierten und gut ausgebildeten Menschen vorfinden. Neue Produkte werden erfunden oder weiterentwickelt, und neue Betriebe schaffen neue Arbeitsplätze.

Zukünftig müssen die immer weniger werdenden Mittel der Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Förderung von Innovation gelenkt werden. Hier gedeihen die Potentiale der Zukunft für besser bezahlte Arbeitsplätze. Für ca. 50% der Arbeitsplätze wird zukünftig ein Hochschulabschluss nötig sein. Auch diese Entwicklung schließt Billiglöhne aus und ist eine Strategie gegen den absehbaren **Fachkräftemangel**.

Auch kann mit dem dualen Studium in Sachsen-Anhalt die wissenschaftliche Ausbildung mit den Anforderungen der Praxis der regionalen Wirtschaft besser verbunden werden. Im Zusammenwirken zwischen Hochschulen, Land und Praxispartnern muss die hohe Qualität des Abschlusses gesichert werden. Dazu soll die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und kleineren und mittleren Unternehmen intensiviert werden, um das Erfolgsmodell duale Studiengänge auszubauen und weiterzuentwickeln.

Chancengerechtigkeit und gute Bildung

Für die persönliche Entwicklung ist eine frühkindliche, ganzheitliche Bildung entscheidend. Natürlich ist dies auch Aufgabe der Familie. Nur überall gelingt dies nicht und schafft dadurch im frühen Kindesalter ungleiche Chancen. Deshalb brauchen wir gute Bildung von Anfang an.

Ich will ein kinder- und familienfreundliches Sachsen-Anhalt. Schon heute hat jedes Kind den Anspruch auf einen Platz in einer **Kindertageseinrichtung** und in unserem Land wird er auch erfüllt. Sachsen-Anhalt hat heute schon bundesweit das beste Angebot von Krippenplätzen. Zwar wird der Kita-Platz unabhängig vom Geldbeutel der Eltern garantiert, in Zukunft jedoch sollte wieder jedes Kind Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung erhalten. Mittel- und langfristig hat die Beitragsfreiheit in der Kita die gleiche Bedeutung wie die Freiheit von Studiengebühren bei den Universitäten und Hochschulen.



In den Kindertagesstätten wird nicht „aufbewahrt“, sondern Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land kümmern sich liebevoll um die Kleinen und stärken ihre Entwicklung. Sie leisten bereits heute eine hervorragende Arbeit, die zwar dankbar angenommen, aber oft zu wenig gewürdigt wird. Die Verantwortung ihrer täglichen Arbeit ist unschätzbar, denn sie kümmern sich um unser Kostbarstes – unsere Kinder. **Die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeit verrichten, müssen weiter verbessert werden. Aus diesem Grund wollen wir alle Einrichtungen im Land bis 2016 durchgängig sanieren und qualitativ den Anteil der Erzieherinnen und Erzieher mit Hochschulabschluss weiter ausbauen.**

Auch die vielen tausend Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt leisten gute Arbeit und leisten vollbringen jeden Tag Dinge, die nicht in den vielen Verordnungen oder Erlassen stehen.

Wir wissen, dass wir Chancengleichheit in diesem Land nur durch gute Bildung hinbekommen. Bildung braucht Zeit. Weil Kinder sich unterschiedlich entwickeln und ein frühes „Aussortieren“ im Bildungssystem Chancenungleichheit schafft, sind wir für ein längeres gemeinsames Lernen. Wir brauchen eine Schule, die die Stärken der Mädchen und Jungen fördert und die für exzellente Abschlüsse sorgt, ohne den Hochbegabten ihre besonderen Entwicklungschancen zu nehmen. **Wir brauchen eine Schule ohne Grenzen und Sackgassen. Wir brauchen eine Schule, die alle ermutigt, ihre Chancen mit individueller Unterstützung selbst zu ergreifen.**

Ich erwarte, dass der Bildungskonvent in Sachsen-Anhalt zu einem Kompromiss kommt, der nachhaltige und dauerhafte Reformanstrengungen vorschlägt, die von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragen werden.

Lebenslanges Lernen schließt Bildung nach der Ausbildung ein. Deshalb haben wir mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II alle Musikschulen und Volkshochschulen in Sachsen-Anhalt saniert. Insgesamt haben wir von den 475 Millionen Euro Konjunkturpaketmitteln, rund 309 Millionen Euro in Investitionen von Schulen und Hochschulen verwendet.



Ich trete für die Wiedereinführung des Bildungsfreistellungsgesetzes ein, denn Deutschland ist in der berufsbegleitenden Bildung und Weiterbildung im europäischen Vergleich unterentwickelt.

Mehr Verantwortung vor Ort

Durch perspektivisch flächendeckende Ganztagschulen mit Hausaufgaben- und Nachmittagsbetreuung und einem kostenfreien Mittagessen in den Schulen schaffen wir für alle Kinder gleiche Rahmenbedingungen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. **Selbstständige Schulen in der Trägerschaft von Kommunen und freien Trägern können eigene Profile und Stärken entwickeln.** Diese haben dann für die Entwicklung der Kinder aber auch mehr Verantwortung.

Auch bei den Hochschulen kann eine größere Autonomie zur Entwicklung des eigenen Profils stärker genutzt werden. Um auch in diesem Bereich die Voraussetzungen zu verbessern, soll der Ausbau der Hochschulen von 2011 – 2016 abgeschlossen werden.

Im Bildungsland Sachsen-Anhalt sollen bei Bildung und Verwaltung die Möglichkeiten der IT-gestützten Kommunikationstechnologien durch den Anschluss an das landesweite Datennetz besser als bisher genutzt werden.

Rückläufige Geburtenraten haben in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass Schulen und Kitas gerade im ländlichen Raum geschlossen werden mussten. Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass das jetzige Schulnetz erhalten bleibt. Wer bessere Bildung will, muss auch über die Anzahl der Lehrer im Land sprechen. Diese Diskussion ist aktuell. Zentrale Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass nicht wie bisher ein Viertel der Schülerinnen und Schüler im Land ohne Abschluss die Schule verlassen. Ich will, dass jeder Jugendliche mit einem Abschluss die Schule verlässt.



Aus gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht will ich, dass die Mehrheit der Schulabgänger nach der 12. Klasse sich entscheidet, eine Hochschule zu besuchen. Aus den übrigen Bundesländern sollen viele Studenten an die Hochschulen von Sachsen-Anhalt kommen, weil sie bei uns exzellente Lehre und Forschung ohne Studiengebühren geboten bekommen. Wenn viele von ihnen bei uns bleiben, einen Job finden und eine Familie gründen, können wir der negativen Bevölkerungsentwicklung entgegenwirken.

Dieser Ansatz muss eine wesentliche Säule einer Demografie-Strategie sein.

Sicherheit der Bürger

Moderne wirtschaftliche und soziale Entwicklung braucht dauerhaft öffentliche Sicherheit. Ureigene Aufgabe des Staates ist dabei die **Sicherheit der Bürger**. Die Angst vor Kriminalität gehört zu den schwer erträglichen Sorgen der Menschen, auch wenn die Furcht vor Kriminalität häufig nicht der objektiv guten Sicherheitslage entspricht. Trotzdem müssen diese Sorgen ernst genommen werden. Mit dem Gewaltmonopol übernimmt der Staat die Verantwortung, die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Ich will vor allem die Sorgen der Menschen vor der Alltagskriminalität in den Fokus der Innenpolitik stellen. Zugleich müssen sich die Polizeibeamten der Unterstützung der Politik und der Gesellschaft bei ihrer Arbeit sicher sein. Mit einer modern ausgestatteten und zukünftig verjüngten Polizei werden wir dafür sorgen, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt nicht nur objektiv sicher leben, sondern sich auch sicher fühlen. Ich will, dass niemand in Sachsen-Anhalt Angst haben muss, auf die Straße zu gehen – egal an welchem Ort, egal zu welcher Zeit!

Starke Kommunen in allen Regionen

Sachsen-Anhalt ist ein Land der Regionen. Diese sind sehr verschieden und vielfältig. Es hat faszinierende Städte und wunderschöne Dörfer, die in den letzten zwanzig Jahren aufwändig und liebevoll saniert wurden.



Es gibt keine abgehängten Regionen, aber ich will starke Zentren, die ihr Umland mitziehen. Ein gegenseitiges Auspielen im Wettbewerb um die Fördermittel und Ressourcen darf es nicht geben, weil nur die Gemeinsamkeit von Stadt und Land die Attraktivität für das ganze Land schafft, die wir so schätzen. Wir dürfen nicht Städte gegen Dörfer, Zentren gegen das flache Land ausspielen!

Wir brauchen auf Dauer handlungsfähige Kommunen und deren stetige finanzielle Unterstützung des Landes. Deshalb orientieren sich seit 2010 die finanziellen Mittel des Landes an die Kommunen nach ihren Aufgaben. Zukünftig können sich die Kommunen mit der Hilfe des Landes von einem großen Teil ihrer Schulden befreien.

All diese Bemühungen werden wenig helfen, wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung die geplanten weiteren Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen und des Landes umsetzen will. Wer für weitere Steuersenkungen ist, darf sich nicht über schlechte Straßen, weniger Bildungsinvestitionen oder ungenügende Sozialleistungen beklagen. Wer den Staat weiter schwächt, nimmt das billigend in Kauf.

Mut zu mehr Beteiligung

Vor zwanzig Jahren sind mutige Menschen auf die Straßen und Plätze der DDR gezogen und haben, wie auch ich, für Freiheit und Demokratie demonstriert. Für Freiheit und Demokratie lohnt es sich zu kämpfen. **Wie unfrei man in einer Diktatur gelebt hat, habe ich selbst erst nach der Wende erkannt. Viele Menschen, die hier in der DDR lebten, wissen das wie ich. Solidarität und Mitmenschlichkeit lassen sich nicht staatlich verordnen, sondern müssen jeden Tag neu gelebt werden.** Die Erhaltung der Freiheit und Demokratie ist unser aller Aufgabe, bei der die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger unersetzlich ist. Dies geschieht Tag für Tag, vor allem im ganz persönlichen Umfeld der Menschen.



Ich finde es gut, wenn sie sich auch heute noch für ihre Städte und Dörfer engagieren, weil sie sich dort zu Hause fühlen, weil dort ihre Heimat ist. **In den Dörfern und Städten gibt es aktive Sportvereine, freiwillige Feuerwehren, Kleingartenvereine und vieles mehr. Viele kümmern sich mit hohem Engagement um andere. Wie arm und grau wäre unsere Gesellschaft, wenn es nicht so viele ehrenamtliche Aktivitäten geben würde.**

Ich bitte genau diese Bürgerinnen und Bürger, sich über ihr Ehrenamt hinaus zu beteiligen und aktiv an den mittel- und langfristigen Entwicklungen des Landes mitzuwirken und zusätzlich Verantwortung zu übernehmen.

Gerade 20 Jahre nach der Wende wissen wir doch zu genau, dass Demokratie vom Mitmachen lebt und die demokratische Gesellschaft in Gefahr gerät, wenn sich die Menschen zurückziehen.

Voraussetzung für demokratische Beteiligung ist Transparenz und Offenheit. Über vorhandene finanziellen Ressourcen und Möglichkeiten muss offen und ehrlich informiert werden. Politische Entscheidungen müssen dialog- und beteiligungsorientiert sein.

Wir müssen gemeinsam mit allen Interessierten darüber sprechen, wie wir möglichst gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise heraus kommen, wie wir unser Bildungssystem finanzieren und qualitativ verbessern, wie wir mit dem vorhandenen Geld und einem Haushalt ohne neue Schulden fertig werden, wie wir die Folgen des Bevölkerungsrückgangs bewältigen, wie wir mit der auseinanderstrebenden Entwicklung zwischen Stadt und Land umgehen.

Erstens. Die entscheidenden Weichenstellungen für die Entwicklung unseres Landes müssen wir mit kommunalen Vertretern, den Verbänden, den Gewerkschaften, regionalen Akteuren und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

Zweitens. Jeder und jede ist aufgerufen, einen eigenen Beitrag für diese Diskussion zu leisten.

Drittens. Dieser Politikstil des Dialogs ist die Chance für mehr Beteiligung. Damit bewege ich mich in der Tradition von Willy Brandt, der gefordert hat: „Mehr Demokratie wagen.“ Dieser Anspruch ist heute aktueller denn je.



Es geht darum, welche Ziele wir uns in der Landespolitik setzen wollen, wie die Zukunftsvorstellungen für dieses Land aussehen.

Mit einem solchen Dialogprozesses soll ein umfassendes Leitbild für eine langfristige Entwicklungsperspektive entstehen, an dem wir unsere Prioritäten bestimmen, Einzelentscheidungen ausrichten können und das uns hilft, das knapper werdende Geld effektiver einzusetzen.

In Sachsen-Anhalt lässt ein so praktizierter Politikstil ein Bewusstsein für Verlässlichkeit, Verantwortung und Vertrauen entstehen und stärkt damit auch die Bereitschaft, sich demokratisch zu beteiligen.

Sichere Zukunft gestalten in schwierigen Zeiten

Das Gefühl, dass es im Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht gerecht zugeht, kann ich verstehen. **Während der Steuerzahler für die Fehler einiger Weniger im weltweiten Casino dreistellige Milliardensummen zur Verfügung stellen musste, sind die Löhne in den letzten Jahren kaum gewachsen.** Überzogenen Spekulationsgeschäften muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Einen weiteren vollen Crash können die Volkswirtschaften der Welt nicht mit staatlichen Maßnahmen abfedern. Wir wollen in Ruhe arbeiten und unser Land gestalten. Sachsen-Anhalt braucht dafür sichere Rahmenbedingungen.

Der **Rekordverschuldung des Staates** kann mit Steuersenkungen nicht begegnet werden. Im Gegenteil, wer nach den Erfahrungen der Krise den Staat weiter in seiner Handlungsfähigkeit einschränken will, gefährdet unsere Zukunft. Die Ausgaben, die heute nicht durch Einnahmen des Staates bezahlt werden können, müssen später von den nächsten Generationen erarbeitet und bezahlt werden. **Aus diesem nicht endenden Kreislauf will ich heraus.** Ich bin froh, dass in den letzten drei Jahren Sachsen-Anhalt sich erstmals nicht weiter verschuldet hat. Ohne Finanzkrise hätten wir jetzt begonnen, unsere Schulden zurück zu zahlen. Ich will, dass wir das ab 2013 wieder schaffen.



Zinsen und Kreditrückzahlungen schränken uns ein, unsere Schwerpunkte in Arbeit, Bildung und Familie zu finanzieren. Ohne Geld ist keine Politik für die Zukunft zu machen. Deshalb brauchen wir den Mut, eine ehrliche Bilanz zu ziehen und unsere Prioritäten zu verteidigen.

Es müssen Schwerpunkte gesetzt werden, aufgrund der Schuldenbremse dürfen keine neuen Schulden aufgenommen werden. Daher geht es um die beste Lösung, nicht um den bequemsten Kompromiss.

Mit einem Programm „Reichtum für alle“ ist keinem geholfen.

Wir machen Programm

Erstens. Das Wahlprogramm (Regierungsprogramm 2011 -2016) der SPD in Sachsen-Anhalt wird sich an der zentralen Frage messen lassen: Haben wir verstanden, wo die meisten Menschen im Land der Schuh wirklich drückt? Haben wir dafür die richtigen Antworten? Die Konzentration auf die wichtigsten Kernthemen halte ich für richtig. Alle anderen Antworten und Lösungen müssen sich dem unterordnen. Der Wohlstand wird nicht ständig weiter wachsen. Für die trotzdem notwendige Dynamik brauchen wir kluge und nachhaltige Antworten und ganzheitliche Konzepte.

Zweitens. Dieses Papier ist **kein abgeschlossenes Programm** mit allen Antworten. Dafür haben wir in der Sozialdemokratie für alle Themenfelder fähige Köpfe in den Fachausschüssen, Arbeitsgemeinschaften und Gliederungen der Partei. Wir wollen aber auch die Alltagserfahrungen der Menschen außerhalb von Parteien einbeziehen.

Drittens. Mir geht es bei dem vorliegenden Kompass um einen eigenen Beitrag, einen eigenen Impuls, zu Beginn der Debatte um das Regierungsprogramm. Ich lade alle Sachsen-Anhalter ein, sich an dieser Diskussion um die besten Lösungen und Ideen für die Zukunft unseres Landes zu beteiligen.



Viertens. Wer mitmachen und sich einbringen will, wird in den nächsten Monaten oft Gelegenheit finden. Die SPD wird zu Veranstaltungen und Foren einladen, um über das Programm zu diskutieren. Ich werde in die Kreise und Orte fahren und mit vielen Menschen sprechen. Dabei geht es um grundsätzliche gesellschaftliche Themen, um die Leitbilddiskussion der Landesregierung, aber auch um die Diskussion zum SPD-Regierungsprogramm.

Fünftens. Die Termine werden auf meiner Website bekannt gegeben. Wer mich nicht persönlich sprechen kann, hat die Möglichkeit, seine Meinung und seine Anregungen auf der Website www.mein.bullerjahn2011.de zu hinterlassen.

Mein Angebot an alle: Arbeitet mit an einem Programm, das Perspektiven schafft für unser Land. **Macht mit, wenn wir Programm machen.**